Wann, wenn nicht jetzt

Die Beschäftigten der Länder fordern 5,5 Prozent mehr Gehalt und endlich eine L-EGO

Mit diesen Forderungen geht die GEW in die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder, die am 16. Februar in Berlin beginnen.

Lehrer_innen, Vorschulklassenleitungen, pädagogische und therapeutische Mitarbeiter_innen der Schulen und die Angestellten an Hochschulen und Behörden werden in diesem Frühjahr für ihre Rechte kämpfen.

Die Belastung der Kolleg_innen ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, die Unzufriedenheit mit den Reformen an den Schulen ebenso. Die Gehaltsentwicklung steht hierzu jedoch in keinem Verhältnis.

Wie auch der Personalkostenreport des DGB zeigt (http://www.dgb.de/-/e32), sind im öffentlichen Dienst die Personalkosten seit 1970 stabil. Es besteht also keine Notwendigkeit für einen knauserigen Tarifabschluss. Hamburg hat 2014 einen Überschuss von mehr als 100 Millionen Euro im Haushalt. Es ist die beste Bilanz in der Geschichte der Stadt.

Dies zeigt: Geld ist genug da. Es muss auch den Beschäftigten zu Gute kommen.

Nach 2011 und 2013 kämpft die GEW nun bereits das dritte Mal für eine Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte (L-EGO). Es wird höchste Zeit, hier einen Abschluss zu erzielen. Weigerte sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in den vergangen Tarifrunden, sich ernsthaft mit den Forderungen der GEW auseinanderzusetzen, wird aktuell intensiv verhandelt – auch wenn derzeit noch keine konkreten Ergebnisse vorliegen.

Auch die Hamburger Vorschulklassenleitungen, in der Regel diplomierte Sozialpädagog_innen, gelten tarifrechtlich als Lehrkräfte. Für sie hat der Arbeitgeber bisher einseitig in seiner Eingruppierungsrichtlinie die sogenannte „kleine“ E9 als Entgeltgruppe festgelegt. Dort gelten wesentlich längere Stufenlaufzeiten als in der regulären E9 und es fehlt die Stufe 5. Zwar können auch Vorschulklassenleitungen die „große“ E9 bzw. die Stufe 5 erhalten – aber nur, wenn es freie Stellen gibt und das dauert Jahre. Über die Zeit ergeben sich hier deutliche Einkommensunterschiede gegenüber Sozialpädagog_innen, die an der Schule in der Inklusion, in der Beratung oder im Ganztag arbeiten. Diesen bundesweit einmaligen Zustand nehmen die Kolleg_innen nicht mehr hin und haben sich in dem Bündnis „Vorschule aktiv“ zusammengetan, um für eine bessere Eingruppierung zu kämpfen.

Der finale Verhandlungsstand zur L-EGO vor Beginn der Tarifverhandlungen wird die Bundestarifkommission der GEW bei ihrem Treffen am 6. Februar diskutieren und auswerten. Entscheidend für das weitere Vorgehen wird vor allem auch sein, inwieweit sich insgesamt für die Beschäftigten materielle Verbesserungen ergeben.

Weiter fordert die GEW in dieser Tarifrunde eine „Risikozulage“ für befristet Beschäftigte. Vor allem an Hochschulen sind befristete Arbeitsverhältnisse leider oft die Regel. Kein anderes Land hat so wenig dauerhaft Beschäftigte wie Deutschland. Fristverträge bedeuten für die Betroffenen den Verlust von Sicherheit für die Lebensplanung. Familiengründung, Altersvorsorge bleiben dabei auf der Strecke.

Hier ist die Position der GEW: Wer dieses Risiko trägt, soll dafür auch mehr Geld erhalten.

Zwar dürfen unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen nach wie vor nicht streiken. Doch hat das Bundesverwaltungsgericht hier bereits auf den Widerspruch im deutschen Recht aufmerksam gemacht: Zwar hat nach europäischem Recht jederR das Recht, seine Beschäftigungsbedingungen zu verhandeln, doch leitet Deutschland das herrschende Streikverbot für Beamt_innen nach wie vor aus den „hergebrachten Grundsätzen“ des Beamtentums ab. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen hierzu werden allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Dies sollte keineN verbeamteteN KollegeN davon abhalten, sich nach seinen /ihren Möglichkeiten aktiv in diese Tarifauseinandersetzungen einzubringen und sich an Aktionen zu beteiligen. Die Forderung der GEW in dieser Tarifrunde lautet: „Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten“ und dafür lohnt es sich, Flagge zu zeigen.

BIRGIT RETTMER
GEW-Referentin